

zu allen Werktagen.
Bezugspreis
monatlich 20.—
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 100.—
durch Zeitungshändler 170.—
am Postamt . . . 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Hörnprecher: 4248, 2273,
8110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
z. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 35.— M.
im Reklameteil 90.— M.
Für Anfragen aus
Deutschland 3,50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Zur Rede des Abgeordneten Hasbach

Am Mittwoch brachten wir die Rede, in der namens der deutschen Sejmfraktion ihr Vorsitzender, der Abgeordnete Hasbach, zu dem Programm des Kabinetts Ponikowski Stellung genommen hat. Mancher hätte wohl gewünscht, daß das, was bei dieser Gelegenheit im Namen der deutschen Minderheit zu sagen war, in etwas schäferer Form gesagt würde. Die Unhaltbarkeit und Unerträglichkeit unserer Lage hätte mit stärkeren Strichen gezeichnet werden müssen, um das neue Kabinett zu einer Ausehr von dem bisherigen System der Rechtslosmachung des deutschen Elementes zu veranlassen. Die vornehmste Abgefeiertheit der Diplomatenprache mag den Vorzug haben, lange Proteste der Gegner hintanzuhalten, sie verzichtet aber darauf die Gleichgesinnten zum Beifall zu ermutigen, die noch Unerntschlossenen mitzureißen und die Dissidenten vor den Folgen ihres Dissenses erzittern zu lassen. So konnte die polnische Presse die Rede des deutschen Sprechers mit der Notiz abrufen: „Im Namen der deutschen Abgeordneten bedauerte Herr H., daß der Premier der fremdländischen Bürger Polens nur mit wenigen Worten gedachte. Er bezügte die Wahlangenlegenheit, die Bodenreform, die Schulfrage, sowie die Beziehungen zu Deutschland.“ Hoffentlich suchen nun unsere Abgeordneten recht bald die Gelegenheit, dem Herrn Kabinettschef in persönlicher Audienz unsere Beichtwerden und Wünsche in etwas eindringlicherer Form vorzutragen. Die jüdische Bevölkerung hat ihrerseits eine solche Audienz schon erwirkt. In fünfstündigter Unterredung durfte Herr Dr. Thon über die Lage der jüdischen Minderheit mit dem Herrn Kabinettschef konferieren. Das, was Dr. Thon vorzubringen hatte, deckt sich im wesentlichen mit dem, was unsere Brust beugt. Der Kabinettschef wird also aus der Gleichartigkeit der ihm von zwei verschiedenen Seiten vorgebrachten Beschwerden und Wünsche deren Berechtigung und Dringlichkeit entnehmen dürfen. Allerdings wäre es bedauerlich, wenn sich der Kabinettschef erst aus dem Studium des ihm überreichten Memorials seine Ansicht über die Behandlung der Deutschen und Juden bilden wollte, wie das der Bericht vermuten läßt, den die polnische Presse über die Unterredung der Herren Ponikowski und Dr. Thon gibt. Wenn dem neuen Premier die durch 2½ Jahre gegen die Deutschen gerichtete Politik der Vergewaltigung und Verdrängung entgangen ist wie ein Geschenk auf fernen Welten, und wenn er nicht schon bei Übernahme des Kabinetts den festen Willen mitgebracht hat, mit der bisherigen Politik von Grund auf zu brechen, in der längst gereisten und gefestigten Erkenntnis, daß nur die resolute Gleichstellung der völkischen Minderheiten mit den Bürgern polnischer Nationalität dem Staate den verlorenen moralischen und materiellen Kredit wiedergeben kann, dann haben wir von seiner Leitung nichts zu erwarten. Eine solche grundlegende Erkenntnis läßt sich nicht von heute auf morgen aus dem einsündigen Vorlage eines deutschen oder jüdischen Abgeordneten erlangen, und noch weniger verdichtet sich diese Erkenntnis im Handumdrehen zu einem klaren Aktionsprogramm. Das mußte dem Premier fest unruhig vorschweben, als er das Kabinett übernahm, und es mußte als ein integrierender Teil seiner Gesamtpolitik in der Antrittsrede seinen unzweideutigen Ausdruck finden. Das eben ist es, was wir bei dem Kabinett Ponikowski ebenso vermissen, wie bei all seinen Vorgängern, daß die dem Minderheitschutzverträge entsprechende Behandlung der völkischen Minderheiten als einer Frage von untergeordneter Bedeutung beiseite gelassen wurde. Gerade darum könnten und durften die chauvinistischen Heer in allen Amtsstuben und auf allen Redaktionsschemeln ihr Unwesen treiben und sich obendrein der stillschweigenden Zustimmung der Regierung versichern halten. Es klingt geradezu wie eine Erinnerung des nationalen Chauvinismus, wenn der Premier Herr Dr. Thon auf seine Klage über die schändliche Hecke der Presse und über die von ihr geschürte Pogromstimmung erwiderte: „Sagen können wir nichts machen, denn wir leben in einem parlamentarisch-konstitutionellen Staat, in dem die Presse völlige Freiheit habe und schreiben könne, was sie wolle, wenn es nur nicht dem Staatsinteresse abträglich wäre. Sehr schön, — aber erstens ist eben dem Staatsinteresse außerordentlich abträglich, wenn gegen völkische Minderheiten gehetzt wird, deren Schutz als eine Angelegenheit von internationaler Bedeutung angesehen wird. Und zum anderen: Die polnische Presse ist fast ausnahmslos Parteipresse. Also schon durch die Einwirkung auf die Partien kann die Regierung die Presse beeinflussen. Damit ist nicht gesagt, daß etwa dem Kabinett die Macht zugesprochen würde, die gesamte Presse nach ihrem Willen zu uniformieren. Mag ein halbes Dutzend Blätter hoffen: worauf es kommt, ist, daß die hinter der Regierung stehende Presse die Heer in schäfster Form brandmarkt, daß die Regierung selbst und ihre Presse von den Propagandisten der Entretung der völkischen Minderheiten absicht, und daß die Regierung vor allem die Beamten, die den nationalen Chauvinismus vertreten, — und die mit in erster Linie die Heppresse in pirieren — rücksichtslos zur Verantwortung zieht und aus ihren Ämtern entfernt. Erst dann kann von einer Umstellung der Politik die Rede sein, die die Gründung des Staatswesens einleitet. Ein Premier, der erklärt, daß er dem Treiben der Heppresse tatenlos zusehen müsse, der ist nicht gewillt, durchzugehen und das Staatsdiktum auf einen

neuen Kurs herumzuwerfen. Der gehört nicht zu den leidlich aufgestellten Verdächtleuten im Lande, die, wie Herr Hasbach ausführte, davon überzeugt sind, daß eine baldige verwüstige Regelung der Beziehungen zu Deutschland — und als deren unabsehbare Voraussetzung die angemessene Behandlung der deutschstämmigen Bürger des eigenen Landes — eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wir fürchten, daß es unseren Abgeordneten, wenn sie dem Herrn Kabinettschef ihr Memorial überreichen, ebenso gehen wird, wie es Herrn Dr. Thon ergangen ist: am Schlusse der Unterredung eine herzliche Verabschiedung, ein Dankeswort für die beachtenswerte Information und damit basta! Wir haben von dem Kabinett Ponikowski nichts anderes zu erwarten als von all seinen Vorfahren. Consi hätte nicht gerade in diesen Tagen die Expropriation von Anhängern einsehen dürfen, die — polnische Staatsbürger und seit einem Jahrzehnt auf ihren Stellen sitzend — nur deswegen verzagt werden sollen, weil sie die Auflösung erst nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages erhalten haben. Will der Kabinettschef zeigen, daß er bereit ist, mit der bisherigen sunlosen Verdrängungspolitik zu brechen, dann fügt er unverzüglich die Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920, auf das sich die Expropriationsmaßnahmen führen. Dieses Gesetz sieht in ganz offensichtlichem Widerspruch zum Friedensvertrage, zum Minoritätschutzvertrag und zur Verfassung. Soweit wir unterrichtet sind, hat der Votschäfferrat oder die Ententevertretung Polen gegenüber schwarzen Einspruch erhoben gegen die den Domänenpächtern auf Grund des Gesetzes vom 14. Jul. 1920 zu teilgewordene Behandlung. Angeblich dieses Einspruchs ist es ein unerhörtes Beginnen, wenn dasselbe Gesetz dazu herhalten muß, in gleicher Weise gegen eine Unzahl von Ansiedlern vorzugehen! Ebenso fällt in die ersten Tage des Kabinetts Ponikowski der Bromberger Schulstand. Auch hier wird der Herr Kabinettschef mit starker Hand dreinjahren müssen, wenn es ihm mit der verfassungsmäßigen Behandlung der völkischen Minderheiten ernst ist. Läßt er den Chauvinisten hier wie dort weiter freie Hand, dann ist das Kabinett Ponikowski bloß ein neuer Name für das alte System, und es bleibt uns nur als letzter, äußerster Schritt — die Anrufung des Völkerbundes. Nur schwer werden sich unsere Führer zu diesem Schritt verstehen. Er muß aber getan werden, wenn wir uns nicht des Verrats an uns selbst und an unserem Volkstum zeihen wollen.

Oberschlesien.

Tale Jonesen zur Frage.

Paris, 6. Oktober. (PAT) Der Vertreter des „Petit Journal“ hat Tale Jonesen nach seiner Ansicht über die oberschlesische Angelegenheit befragt. Tale Jonesen sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die Angelegenheit an den Völkerbund überwiesen wurde, der ohne Zweifel diesen Anlaß benutzen wird, um durch Fällen eines Urteils, das auf dem Geiste und dem Buchstaben des Versailler Vertrages beruht, und durch eine durchführbare Teilung Oberschlesiens sein moralisches Ansehen zu stärken. Die gemeinsame Politik verlangt, daß Polen lebensfähig bleibt. Ein friedliches Europa sei ohne Polen, das Deutschland von Rußland trennt, nicht denkbar. Ein Polen ohne einen bedeutenden Teil von Oberschlesien wäre wirtschaftlich von Deutschland abhängig und könnte so seinen Zweck nicht erfüllen. Die Annäherung zwischen Polen und der Tschechoslowakei ist eine wichtige Notwendigkeit für den europäischen Frieden, da diese Annäherung letzten Endes den Zusammenfluß der kleinen Entente herbeiführen wird, die berufen ist, eine große Rolle in der Weltpolitik zu spielen. In jedem Fall — so erklärte am Schlusse Tale Jonesen — erwarte ich mit Vertrauen das Urteil des Völkerbundes. Ohne Rücksicht darauf, wie dieses Urteil aussfallen wird, wird Deutschland mit Sicherheit unzufrieden sein. Den Willen jener zu erfüllen, die den Krieg „provokiert“ haben (sol), erachte ich jedoch für Täuschung, die im Widerspruch steht mit dem gesunden Verstande.

Die Sonderkommission des Völkerbundes.

Beuthen, 6. Oktober. (PAT) Der „Oberschlesische Wanderer“ berichtet: Die schon seit längerer Zeit angekündigte Sonderkommission des Völkerbundes ist in Oberschlesien eingetroffen. Sie setzt sich aus zwei Spaniern, einem Brasilianer, einem Tschechoslowaken und einem Engländer zusammen. Gegenwärtig weilt diese Kommission in Katowitz, von wo aus sie ihre Reise durch den ganzen Industriebezirk zur Prüfung des Geistes und der Stimmung der Bevölkerung antreten wird. Die Eisenbahnlinie von Oppeln nach Katowitz wurde während der Durchfahrt der Kommission besonders bemüht. Die Kommission kümmert sich über die oberschlesische Angelegenheit in Schweigen und erklärt, daß sie niemand Auseinandersetzen werde.

Entscheidung am Sonnabend oder Sonntag.

Paris, 6. Oktober. (Berl. Tagebl.) Die französischen Abdeklätter melden aus Genf, daß der Rat des Völkerbundes in der Lage sein wird, am Sonntag oder sogar schon am Sonnabend dieser Woche seine Ansicht über die Lösung der oberschlesischen Frage anzuhören. In diesen Tagen werde dem Obersten Rat die Entscheidung, die der Völkerbund vorschlägt, mitgeteilt werden.

Die deutschen Gewerkschaften.

Kattowitz, 6. Oktober. (Berl. Tagebl.) Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober durch Vermittelung des Generalsekretärs des Völkerbundes in Genf ihre nach Genf berufenen Vertreter Schärdt, Franz und Grisey erufen lassen, den Völkerbundrat um Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabschbbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung ist die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabdingbar notwendig. Diese örtliche Prüfung kann auch durch die mündliche Vernehmung der Vertretermänner der deutschen Gewerkschaften in Genf nicht erledigt werden.

Rückkehr der Flüchtlinge.

Berlin, 6. Oktober. (PAT) Am Dienstag fand in Berlin die Fortsetzung der polnisch-deutschen Besprechungen über die Rückkehr der Flüchtlinge nach ihren ständigen Sitten und über ihre vorläufige Sicherheit statt.

Frankreich und die Abrüstungsfrage.

Auf der Tagesordnung der Sonnabendnachmittagsitzung der Völkerbundversammlung (über die schon kurz berichtet wurde) stand die Abrüstungsfrage. Eine in mancher Hinsicht bemerkenswerte Rede hielt bei dieser Gelegenheit der französische Delegierte Noblemire, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem, der sich im letzten Jahre und seit den Friedensverhandlungen in Paris nicht verändert habe, darlegte und als Voraussetzung für die spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts forderte. Schließlich sei die Prüfung einer gemeinsamen, vom Völkerbund aufzuhaltenden Aktion auf Grund des Artikels 16 des Paktes notwendig. Das Abrüstungsproblem kann noch dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden, und zwar an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Noblemire, daß er mit Vorsicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem ansäßen wolle. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genauso wie der französische Soldat vor seinem Tod im Feld als letztes Wort „Es lebe Frankreich“ ausgerufen habe, so sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Ruf auf den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland!“ Warum, so rief Noblemire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Helden — und ich sage das Wort „Helden“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, Ausschreitungen, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen —, warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht auch ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teiles der Welt birgt zu ermöglichen und es in Völde zu ermöglichen? Noblemire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusatzantrag Bourgeois' zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen und die notwendigen Sicherheiten durch die vollständige und lokale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundpaktus selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherungen sind heute noch nicht vollständig erreicht. Warum sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen, aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht besiegelt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die im Artikel 218 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Überwachung. Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Noblemire die Forderung der moralischen Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie steht es aber mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und Herzen vollzogen hat, oder aber, wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt, die des Kriegs- und Neuanfangsgeistes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie. Und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit von ganz Europa zusammensetzt, gewiß und voll an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbestritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestreiten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolgedessen Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, führte Noblemire aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Noblemire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenzufassen zu können: Si vis pacem, para pacem!

Die Rede wurde von vielfachen Beifallstundgebungen unterbrochen. Zum Schluß beglückwünschten zahlreiche Delegierte den Redner.

Nach Noblemire sprach der Vertreter Australiens, Bruce, der die Notwendigkeit ernsthaftester Rüstungsbeschränkungen an einem Beispiel seines Landes erörterte, das sich die Frage stellen müsse, ob es weiterhin nur an die Landesverteidigung denken wolle, anstatt sich der so notwendigen Rohstoffversorgung Europas zu widmen.

Der Präsident der Dritten Kommission, Branting-Schweeden, bedauerte, daß die Welt immer noch nicht im Friedenszustand wäre, und daß große Nationen immer noch nicht dem Bunde angehören, und daß der Kriegsgeist noch weiter herrsche. Er charakterisierte die Kommissionsanträge mit dem Hinweis, daß die vorläufige Aufgabe des Völkerbundes, die Herbeiführung eines Stillstandes in den Rüstungen sein müsse, während die Beschränkungen der Rüstungen noch der Zukunft vorbehalten bleiben. Aber er betonte, daß es falsch wäre, die Sicherheit der Völker nur in ihren Rüstungen zu sehen. Das Schicksal großer Reiche habe das Gegen teil bewiesen. Die eigentliche Durchführung der Pläne liege bei der Arbeiterklasse, für die das gegenwärtige Werk der Versammlung ein wertvoller Fingerzeig sei.

Schaezer-Italien hob hervor, daß Italiens Stets für die Beschränkung der Rüstungen eingetreten sei und bereits den Anfang damit gemacht habe. Er brachte eine Entschließung ein, in der mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer praktischen Verwirklichung die Annahme des Kommissionsberichtes empfohlen wird.

Alle späteren Redner, Fisher-England, Hyman-Bulgarien und auch Lord Cecil schlossen sich der Rede Noblemires an und hoben die Bedeutung ihrer Darlegungen zum deut-

Die Übergabe Westungarns an die Generalkommission.

Wien, 6. Oktober. (Tel.-U.) Die Übergabe von Westungarn an die Generalkommission in Odenburg erfolgte heute von Westungarn an die Generalkommission in Odenburg. Wien als Komödie aufgefasst. Österreich sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es dieses Protokoll nicht anerkennt und es der Entente überläßt, die es aus Westungarn zu verteilen und dann Westungarn an Österreich zurückzugeben.

Die Vermittelungskonferenz Italiens findet in Benedig unter Vorsitz des italienischen Ministers des Kriegsministers statt. Zu der Konferenz in Benedig wird der Bundeskanzler Dr. Schober und der ungarische Minister des Kriegsministers Graf Bánffy erfreut. Da von tschechischer Seite erklärt wurde, daß die tschechische Vermittelungskommission eine schärfere Stellung gegen die Tschechoslowakei und gegen die vom tschechischen Minister des Auswärtigen Dr. Beneš eingerichtete Vermittelung habe, erklärte der italienische Gesandte in Prag, daß die tschechische Vermittelungskommission schon vor der Aktion des Dr. Beneš eingesetzt habe, und daß in dem Schlußprotokoll keinerlei Abrede gegen die Tschechoslowakei getroffen werden könne. Der Zweck der italienischen Sitzungen sei nur die Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa.

Die Geltungsdauer des Ultimatums an Ungarn dürfte bis zum 8. Oktober verlängert werden. Österreich wird die Konferenz in Benedig annehmen. Falls ihm das unmöglich erscheint, wird es telefonisch Vertragssicherung sowie Rechtsgültigkeit des Vertrages feststellen.

Das Interesse der kleinen Entente.

Prag, 6. Oktober. (P.L.) „Národní Listy“ schreiben über die ungarische Frage, daß diese Angelegenheit nicht nur für die Tschechoslowakei sondern auch für Jugoslawien, Rumänien und die Verbündeten wichtig ist. Es kommt vor allem darauf an, daß Ungarn sich nicht von dem Gedanken leiten läßt, der Vertrag von Trianon sollte verletzt werden. Wenn wir erlaubt würden, so schreibt die Zeitung, daß der Vertrag auch nur an einer Stelle eine Änderung erleidet, so müssen wir darauf vorbereitet sein, daß Ungarn an anderer Stelle sein Glück versuchen wird.

„Journal“ zu der Frage.

Paris, 6. Oktober. (P.L.) Zu der Erwähnung des Vorschlags, die Tschechoslowakei eine Vermittelungskommission zwischen Österreich und Ungarn zu unternehmen, schreibt „Journal“, daß die Entscheidung nichts anderes als die Verlegung des Friedensvertrages bedeute und noch bemerkenswerter sei als der Standpunkt der Mächte in der österreichischen Frage. Die Zeitung erinnert an die einzelnen Phasen des westungarischen Konflikts und betont, daß die Entscheidung des Vorschlags darauf hinausläuft, den Standpunkt der kleinen Entente, die den Kontakt zwischen den Donaumärkten in städtischer Weise schließen wollte, zu untergraben.

Unruhen in Ostindien.

Die anständischen Moplas.

London, 5. Oktober. Das Indische Amt teilt mit: Der andauernde starke Widerstand der Moplas wird als ernst angesehen. Ein energischer Feldzug wird vielleicht notwendig sein. Die Rebellen nehmen eine Guerrillataktik an. Man glaubt, daß die Zahl der Aufständischen zunimmt. Das Bandenunwesen wächst.

Terror der Moplas.

Mallutta, 4. Oktober. (Tel.-U.) Die Lage in Mysore ist sehr ernst. Die Aufständischen stellen die Hindus vor die Wahl: Tod oder Islam. Weigern sie sich, zum Islam überzutreten, so werden sie zunächst gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Verharren sie dann weiter auf ihrer Weigerung, so werden sie erschossen. Die Aufständischen haben die vollständige Unabhängigkeit Mysores verklundet. Die den Hindus gehörende Ernte wurde beschlagnahmt. Die Hindus flüchten. Mehr als 2000 Flüchtlinge sind bereits in Perintalmala eingetroffen.

Die Moplas oder Mapillas (englisch: Moplays) sind die Nachkommen der Araber und der zum Islam übergetretenen Hindus im südlichen Vordeindien, besonders an der Malabarküste. Ihr Oberhaupt ist der Radsha von Kannanur, ihr Oberpriester der Tempel in Bonani. Durch ihren Gewerbesleib haben die Moplas zum Wohlstande des Landes beigetragen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren sie durch ihre Seeräuberkeit berüchtigt. Es gibt auch christliche Moplas (die Nassaren-Moplas). Das sind die Nachkommen der christlichen Thomaschristen in Cochinchina.

Politische Tagesneuigkeiten.

Der schwedische Gesandte in Lettland. Die schwedische Regierung ernannte den ehemaligen Generalkonsul in Hamburg und zum schwedischen Gesandten für Lettland und Estland.

Das schwedische Kabinett ist zusammengesetzt.

Stuttgarts neue Regierung. Die neue Koalition regiert. Sie tritt morgen schon ihr Amt unter dem Vorsitz des Automobilisten und früheren Bürgermeisters der Stadt, Dr. Barresella, an.

O, was könnte ein einziger Mensch oft bedeuten für seine Mitmenschen!

Aus der Haustür trat die Mutter, ihr Körbchen mit der Näharbeit in der Hand. Sie setzte sich zu Lies unter die Linde.

Schlafst du noch? Himmel ja, daß man nun auch schon Großmutter ist! Übrigens Lies, ich habe eine große Bitte an Dich. Es ist mir lieb, daß ich Dich hier allein finde.

Lies sah lächelnd von ihrer Arbeit auf und schob leise mit der Füßspitze den Wagen ein wenig zurück, daß der Kleine nicht gefördert würde durch lautes Sprechen.

Nun, Mutterchen, ich bin ja ordentlich neugierig.

Mutter Oldenhof legte die Hornbrille auf die Nase, wie sie beim Stricken zu tun pflegte, denn sie sang mittlerweile an, weisichtig zu werben. Dann räusperte sie sich ein wenig.

Hm, — ja, Lies, — siehst Du, — ich meine ja bloß wegen Ellen. Sie ist doch jetzt alt genug, daß sie weiß, was sie will. Und Pastor Eile —

Jäh wurde Frau Küllerchen in ihrer sinnenden Rede unterbrochen.

Aus dem Obstgarten kam Ellen im Sturmschritt, ein Körbchen schwenkend.

Kinder, denkt nur, die ersten Erdbeeren!

Und sie setzte sie vor die beiden auf den weißen Gartenstuhl.

Ellen, bist du — der Junge schlafst!

Erschrocken hatte Lies den Finger auf den Mund gelegt.

Ach, verzeih, — so, — ich werde ihn ein bissel ins Geblüsch schieben, damit wir ungestört schwatzen können. Mutter, was hast Du eben von Pastor Eile gesagt? Ich hab's noch gerade gehört.

Frau Küllerchen lachte ein bisschen verlegen.

Gott ja, Kind, die alte Geschichte. Ich fragte bloß eben Lies um Rat.

Michałski Finanzprogramm.

Die Programmrede des neuen Finanzministers wird in der Presse lebhaft besprochen. Das ist in diesem Falle umso notwendiger, als der Bericht der polnischen Telegraphenagentur über diese Reden offenbar in allen Stücken genau und von ausschließenden Schlieren ist. Wir verabreden in unserer geliebten Wiedergabe dieser Rede die Ankündigung der Abschaffung der direkten Steuern in 3 Fragezeichen. Es war nach denn auch erwiesen, daß an dieser Stelle die Meldung der polnischen Telegraphenagentur einen Fehler enthielt, der den Sinn des Beigangs in ein Gegenteil verkehrt: Es mußte nicht zuletzt eine Abschaffung vorhanden sein.

Der „Kurier Poznań“ schreibt über Michałskis Rede: „Indem wir uns die Besprechung der Einzelheiten für später vorbehalten, wollen wir heute schon hervorheben, daß die Ankündigung einer Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus in allen produktiv schaffenden Kreisen der Bevölkerung lebhaften Widerhall gefunden hat. Zu beachten sind auch die weitgehenden Forderungen Michałskis bezüglich der Sparmaßnahmen und der Beschränkung der Ausgaben. Unter anderem behält sich der Finanzminister ein Vorrecht im Ministerrat vor gegenüber allen von irgendwelchen Reissorten verlangten Ausgaben. Über die Steuerpläne des neuen Ministers werden wir uns erst später äußern können. Bedenkt ist noch in diesem Jahre die Einziehung der einmaligen „Volksspende“ geplant. Außerdem kündigt der Minister die sofortige Steigerung der direkten Steuern an (nicht ihre Abschaffung, wie die polnische Telegraphenagentur irrtümlich meldete). Es ist klar, daß die direkten Steuern nicht ausreichen, und daher wird der Minister nicht unterlassen können, neue geeignete Steuerquellen ausfindig zu machen. Schließlich muß noch der Plan der Gründung einer Emissionsbank unter Teilnahme inländischen und ausländischen Kapitals zur Einführung eines „franten“ Geldes und zur Einführung einer neuen Währung erwähnt werden. Das ist ohne Zweifel eine sehr komplexe Arbeit, die die vorausgehende Stabilisierung der polnischen Mark verlangt. Von einem Programm bis zu seiner Ausführung ist ein weiter Weg. Die Schwäche der Stellung des Kabinetts Poniatowski im Sejm wird dem neuen Finanzminister seine Arbeit nicht erleichtern. Der Nationale Volksverband wird — im Widerspruch zu böswilligen Unterstellungen, die ihm vorwerfen, er untergräbe die Stellung der jüngsten Regierung — sachlich an der Sanierung der Finanzen mitwirken und seine Mitarbeit nicht verweigern, solange er überzeugt ist, daß die Arbeit zum Wohle des Vaterlandes geistet. Er wird sich aber freilich auch sein Recht der Kritik nicht nehmen lassen und sein Recht, zu widersprechen, wo das Wohl des Vaterlandes es erfordert.“

Der „Dziennik Poznań“ beschäftigt sich mit Michałskis Finanzprogramm in dem Leitartikel seiner Nr. 211 unter der Überschrift: „Der eiserne Besen“. Dort ist zu lesen: „Vorläufig können bloß die Hauptziele des Finanzprogramms nachgezeichnet werden, nämlich die Steigerung der Landesproduktion, die Beschränkung der Ausgaben und die Maßnahmen zur verstärkten Füllung der Staatskasse. Das ist vorläufig ein ziemlich weiter Rahmen, und der Herr Minister konnte bisher im einzelnen nichts wesentlich Neues sagen. Erst die Art der Ausführung des Programms wird eine genaue Vorstellung von seinem Wege geben. Das betrifft besonders die einmalige Volksspende und die Gründung der Emissionsbank unter Teilnahme inländischen und ausländischen Kapitals. Zu billig ist der Plan der Gründung eines Finanzrates und eines Wirtschaftsrates und der Vergabeung der wirtschaftlichen Institutionen und Anlagen, die dem Staat jetzt Verluste bringen, aber Einnahmen schaffen können, wenn die private Initiative sie in die Hand bekommt. Ferner muß hervorgehoben werden die Ankündigung der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus. Der Schwerpunkt liegt jedoch nicht sowohl in den Einzelplänen, als vielmehr in der Art ihrer Durchführung, und besonders in der Energie, mit der der Minister sie durchführen wird. In dieser Beziehung hinterlich Herr Michałski keine einen sehr günstigen Eindruck. Der neue Finanzminister scheint ein Mann zu sein, der nicht nur weiß, was er will, sondern auch den Willen hat, seine Absichten mit vollem Nachdruck in die Tat umzusetzen. Ein eiserner Besen, eine eiserne Schere, eine eiserne Schraube“, sagt er, „das ist meine Parole.“ Das ist zugleich die Parole der ganzen Bevölkerung, soweit die Parteibefreiung noch nicht um die Fähigkeit gebracht hat, das Wohl des Ganzen zu erkennen. Jetzt handelt es sich darum, daß die Energie des Ministers nicht an dem sträflichen Widerstand gewisser Parteien scheitert, daß der Sejm diese Energie nicht lädt, daß die Parteien die gerechte Verteilung der Lasten nicht dadurch unmöglich machen, doch sie, um die Gunst der Wähler zu erhalten, die Steuerlasten auf die Wähler anderer Parteien abzuwälzen suchen. In dieser Hinsicht wird es von Wert sein, zu erfahren, welche Machtbefugnis der Finanzrat erhalten soll und ob der Sejm einen Teil seiner Hoheitsrechte auf ihn überträgt wird, um den Parteien eine Wahlagitierung zum Schaden der Staatsfinanzen unmöglich zu machen. Es muß ferner die Frage aufgeworfen werden, ob mit der notwendigen Finanzdiktatur bekommen werden, ob mit die notwendige Finanzdiktatur bekommen werden, das heißt, eine so weit gehende Machtvollkommenheit des Finanzministers, daß ohne seine Zustimmung keine Ausgaben genehmigt werden dürfen. Wenn der Sejm die erforderlichen Ge-

ellen setzte sich auf die Banklehne und schnippte mit dem Finger.

Mußt nicht so viele immer um Rat fragen, Mutterchen. Dies ist doch halt ganz alleine meine Angelegenheit.“

Lies nickte.

„Ellen hat recht, Mutter. Bringt sie nicht durch bitten oder Vorstellungen.“

„Aber wer redet denn von Zwingen, Lies. Wir fragen sie ja bloß.“

Ellen legte die Hände um die Knie. Sie sah in die Ferne.

Lies hat gesagt, wenn der eine kommt, den Gott zum Weggenossen für uns bestimmt hat, dann ist von einem Schwanken und Überlegen einfach gar nicht mehr die Rede. Dann weiß man halt sofort, das ist er. So wie es bei Lies und Knut war. Aber wenn ich Pastor Eile heirate? Denkt doch nur, wie schrecklich! Dann könnte ja plötzlich mit einem Male doch der eine kommen, — denn es gibt für jeden Menschen den einen, — die ihn aber nicht abwarten können, werden unglücklich. — Hallo, Lies, der Prinz ist aufgewacht. Darf ich ihn herausnehmen? O, wie süß er lacht.“

Vorsichtig hob Ellen den Kleinen aus dem Wagen und brachte ihn der jungen Mutter. Wie rot seine Wäschchen waren vom Schlafen, und wie hell seine großen, blauen Augen.

Doch auch zu fatal, daß Deine Fräulein gerade jetzt krank werden mußte. So hast Du nur unnötige Plakerei mit dem Jungen, statt Dich hier zu erholen.“

Aber Mutterchen, das ist doch keine Plakerei, den Jungen bei sich zu haben. Er ist so lieb und schläft fast die ganze Nacht durch.“

Sie sah nach der Uhr.

„Es ist auch gleich Zeit, daß er herein muß zum Abendbüppchen und dann ins Bett.“

(Fortsetzung folgt.)

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Leonine von Wintersfeld.

(22. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

War das wirklich alles schon ein halbes Jahr her? Seit jenen Tagen, als der Schnee auf den Dächern von Königswinter lag, bis heute, wo der Junivind mit seinen weichen Samthänden über die blühenden Kornfelder von Nilmert tricht, daß die Ahren sich senken und hoben wie leise atmende Meeresswellen?

Auf der weißen Bank unter den alten Linden vom Herrenhaus sah Lies, neben ihr im Korbwägelchen, dem ur-alten, breiten, in dem auch sie einst gelegen, durch grünen Schleier vor Sonne und Fliegen geschützt, schlief ihr Kind. Wie die weichen, kleinen Arme zurückgeworfen lagen auf dem spinnenräumten Kopfpolster! Wie die blonden Böschchen sich ringelten an den Schultern! Gab es wohl in der ganzen Welt ein süßeres Kind als ihren Buben? Und wie er dem Vater ähnlich sah! Wenigstens fand sie es, wenn die anderen auch darüber lachten und meinten, von einer Ähnlichkeit könnte doch vorläufig noch gar keine Rede sein.

Jimmer wenn Lies so auf ihr schlafendes Kind sah, raukte sie an seine Zukunft denken. Wenn er erst in die Schule ging! Wenn dann andere, Fremde kamen, ihn fortzutragen von ihrem Mutterherzen, ihm andere Wege zeigen, ihn andere Bahnen führen, die nicht ihre sorgsame Mutterhand ängstlich gehabt? Aber nein — ihr Kind sollte kein Mutterjähnchen werden, — groß, stark, frei — sollte er selbst seinen Weg gehen, ben ihm seine Gaben und Anlagen wiesen. Rein und stolz, wie ein junger Siegfried, — oder wie Walther, den Menschen Sonne bringend — viel, viel Sonne. Sie sah ihn als Arzt im großen Krankenhaus, — in heiher, harter Arbeit von früh bis spät, Freude und Leidung tragend an jedes Krankenbett, an das er trat.

sehe beschließen und sich selbst dementsprechend verhalten wird, dann wird er das höchste erfüllen, was man bei seiner gegenwärtigen Zusammenlegung von ihm überhaupt erwarten kann, denn er wird dann anderer die Möglichkeit geben, die von ihm verursachten Schäden wieder gut zu machen und dem polnischen Staat das im Auslande verlorene Vertrauen wieder zu gewinnen."

Im ganzen kann gesagt werden, daß die bis jetzt vorliegenden Pressestimmen das eine erkennen lassen: man ist sich darüber einig, daß der Finanzminister, wenn sein Veto aufgenommenes Wort vom "starken Besen" keine Phrase bleiben soll, völlig unabhängig, nicht nur über allen Partien, sondern auch über allen Behörden stehend, mit möglichst weitgehenden Machtausübung ausgestattet werden muß. Sein Vetorecht ist eine selbstverständliche Forderung. Sie muß unbedingt verwirklicht werden. Ganz ist zu befürchten, daß alles beim alten bleibt.

Der polnisch-rumänische Vertrag.

Rom, 6. Oktober. Ein Warschauer Telegramm veröffentlicht den Text des jüngsten polnisch-rumänischen Bündnisvertrages, der die Belebung der französischen Bataillone in Osteuropa bedeutet. Die Vertragsdauer wurde auf 5 Jahre festgesetzt; jedoch ist der Vertrag nach 2 Jahren mit monatlicher Frist kündbar. Beide Staaten verpflichten sich zum Gedankenaustausch über eine gemeinsame Politik gegenüber ihren westlichen Nachbarn und schließen eine militärische Konvention ab mit der Verpflichtung, für sich allein weder einen Frieden noch einen Waffenstillstand einzufordern. Sie verschärfen sich außerdem dem Abschluss eines neuen Bündnisses die Befinnung des Vertragspartner einzuhören.

Polen und Danzig.

Gera, 5. Oktober. (PAT.) Aus Anlaß der fünfjährigen Beendigung der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig über wichtige Angelegenheiten wirtschaftlicher, finanzieller, politischer und rechtlicher Natur begüßt zunächst der polnische Bündner Partei der von ihnen bezeugten Vereinigungen. Unterdrückt blieben nur drei Fragen: Griechen die rechtliche Lage der polnischen Staatsbahnen im Gebiete der freien Stadt Danzig, zweitens die rechtliche Lage des polnischen Staats-eigentums im Danziger Hafen, drittens die rechtliche Lage der polnischen Handelschiffe in den Danziger Gewässern. Diese Angelegenheiten sollen durch Schiedsgerichtsgericht werden. Was den Probst des Danziger Senats an den polnischen Bündnerrat gegen die Entscheidung des Generals Hading in der Eisenbahnangelegenheit bestellt, so hat man sich vor dem Schiedsrichter geeinigt, und der Danziger Senat hat seine Befürchtung zurückgeworfen; im Aus tausch dagegen hat sich die polnische Regierung damit einverstanden erklärt, daß die polnischen Bündnerbahnen in die Verwaltung einer kleinen Gesellschaft übergehen sollen, die gemeinsam durch Polen und Danzig mit gleichem Kapital beiderseits gegründet werden soll, was den sogenannten "port d'attache" in Danzig für den Bedarf der polnischen Kriegsschiffe anbietet (siehe oben). Es ist nicht beklagt, daß den Kriegsschiffen für Reparaturzwecke Kohlenversorgung u. a. dienen, den General Hading um vorläufige Anerkennung dieser Angelegenheit gebeten. Nach den letzten Verhandlungen in Gera hat die Zusammenarbeit und das Zusammenleben der Polen mit Danzig große Fortschritte gemacht und besitzt immer größere Entwicklungsmöglichkeiten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen 6. Oktober.

Stadtverordnetenstzung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher Dr. v. Mieczkowski um 8½ Uhr mit dem Hinweise, daß die anlässlich des Todes des Oberbürgermeisters von Dr. v. Mieczkowski eingegangenen Beileidsbriefe und Telegramme den Stadtverordneten auf dem Tisch des Präsidenten zur Einsicht vorliegen. Es erfolgte zunächst die Erledigung verschiedener Anträge.

Rechtsanwalt Nagelski münzte in einem Schreiben endgültige Stellungnahme des Magistrats zu dem Schadenertrag anlässlich der Zunahme der Kosten. Hierzu bemerkte der Vizepräsident Dr. Kiedacz, daß die Gemeinde geistlich verpflichtet ist, die den Schaden, der rund 20 Millionen beträgt, aufzunehmen. Während die Entschädigung für die reichsdeutschen Schauenscheiben unzweckmäßig gebilligt werden müßte, sei es schwer, die Entschädigung für die verlorenen und geschnittenen Waren zu berechnen. Ein deutsches Gesetz vom Jahre 1918 sagt, daß ihr die unter solchen Umständen entstandenen Schäden der Staat und nicht die Gemeinde aufkommen müsse. Gegenwärtig seien zwischen dem Ministerium und der Gemeinde Verhandlungen über diese Angelegenheit im Gange, die aller Voransicht nach eine glückliche Lösung finden werden.

Darauf verlas der Stadtverordnete Wobierski eine Erklärung der Bürgerschaftlichen Vereinigung, die besagt, daß die genannte Vereinigung ein wirtschaftlicher Verein sei, der keine politischen Abneigungen vorrage.

Stadt. Holleber wünscht Ausklärung über die Regelung der Arbeitszeit im Friseurberufe. Ihm wird vom Stadtrat Bodolla geantwortet, daß sich diese Angelegenheit im Stadium der Vorbereitung befindet.

Stadt. Topolski spricht über die Arbeitslosigkeit und über die vor 7 Wochen erfolgte Arbeitslosenkundgebung. Bekanntlich begeben sich die Demonstrationen zuerst zum Magistrat und dann ins Ministerium, wo ihnen Bismarck Wachowia erläutert, daß es Schritte zur Regelung der Arbeitslosigkeit einleiten werde. Seitdem sind 7 Wochen vergangen, und es ist fast nichts getan worden; ja an den Wällen hat man die dort beschäftigten verheerten Arbeiter und Familienväter entlassen und ledige Personen eingestellt. Wenn der Magistrat keine Schritte unternimmt, um dem entgegenzutreten, so ist mit den schwämmen Folgen, mit dem Polizeiwesen zu rechnen, den doch wirklich niemand von uns verhindert. Wie geonkt der Magistrat hierzu übel abzuhelfen?

Vizepräsident Dr. Kiedacz: Auf der letzten Konferenz in dieser Angelegenheit wurde ein Programm für sogenannte Notstande erarbeitet, von dessen Durchführung sehr wenig zu bemerken ist. Ich habe zunächst die Einschätzung von arbeitslosen, vom Militär entlassenen Familienvätern vorgebracht. Die hohe Zahl der Arbeitslosen ist damit zu erklären, daß junge Leute, die irgend einen Beruf ergriffen haben, zum Militär eingezogen wurden und darnach keine Lust mehr zeigten, den ergriffenen Beruf wieder anzunehmen. Wir schlagen außer den Arbeiten, die wir schon ausführen, noch andere, wie die Regulierung der Ware vor. Die Kosten werden 120 bzw. 220 Millionen betragen. Da sich die Gemeinde in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet, so scheint sie die Finanzierung neuer Arbeiten. Wir haben in diesem Jahre 14 Millionen für Arbeitslose ausgegeben und von der Regierung 4½ Millionen zurück erhalten. Nach den Konferenzen, die in dieser Angelegenheit stattfanden, ist es etwa 1000 Personen Arbeit und Verdienst geschafft worden. Um etwa 2000 Arbeitslosen zu beschäftigen, sind große Bauten, wie Eisenbahnen, Brücken u. a. erforderlich. Auch ist bei dem heutigen Bauzustand eine größere Arbeitsförderung unmöglich.

Stadt. Kliszowski bemerkt, daß die Fabriken sich weigern, die vom Militär entlassenen Familienvätern vorliegender einzustellen. Er bittet den Vizepräsidenten, sich an das Warschauer Ministerium zu wenden, damit dieses endlich einmal Maßregeln gegen die häufig zunehmende Leistung anwendet.

Stadt. Holleber fragt weiter bei den Bauten der Schützenhalle an, die jeder Angenommen werden soll, 500 Personen einzustellen, wenn der Magistrat keine Erlaubnis gebe und die finanziellen Mittel bewillige. Er möchte Ausklärung über "das Geheimnis", warum die Arbeiten der Schützenhalle nicht ausgeführt werden und warum

die Firma Tegelski ihre Bauten immer noch nicht in Ansicht genommen hat.

Vizepräsident Dr. Kiedacz begründete die Verzögerung dieser Bauten mit dem Mangel an Geldern, der es vorläufig nicht gestattet, die geplanten Entwürfe auszuführen. Der Entwurf des Architekten soll man nur Personen mit Ausnahmegenehmigung bei der Beurteilung des Werks verhindern sollte, sei berechtigt, und es seien schon Anordnungen in dieser Beziehung ergangen; aber man müsse bedenken, daß die Klagen der Arbeitslosen angeregten Familienväter in schweren sind, daß man sie aus menschlichen Gründen berücksichtigen muß.

Nunmehr trat man in die Beratung der Tagessordnung ein.

Die Punkte Wahlen, verbindliche Angelegenheiten und Berichtigungen verschiedener Titel des Stadthaushaltes wurden widerprüflich von der Versammlung erledigt.

Die ernste Erhöhung des Wasserpriesters und des Preises für den elektrischen Strom behandelte Stadt. Hedinger. Er führte u. a. folgendes aus: Wie müssen wieder einmal zur Wasserförderung, einem Punkt, der immer wieder bekämpft wird,牺牲en. Nach den Berechnungen, die in dem Finanzausschuß aufgestellt wurden, muß der Preis für das Kubikmeter Wasser auf 30 Mark kommen. Ich bitte die Versammlung, diese Preiserhöhung anzunehmen.

Stadtverordneter Kliszowski erinnerte daran, daß der Magistrat schon während der Ferien eine teilwidrige Erhöhung vorgenommen hat und bezeichnet das geradewohl als "politische Stände". (Allgemeine Heiterkeit, der Stadtrat verzogte einen lachenden Gesichtsausdruck.)

Vizepräsident Dr. Kiedacz begründete die ständige Bereinigung des Wasserpriesters mit dem Lieferant der Warna und mit der handigen Bereitstellung der Lebensmittel. Mitte des Monats wird wieder ein Antrag auf Erhöhung des Wasserpriesters gestellt werden müssen. Von großem Einfluß auf diese ständige Erhöhung wird auch das Entfernen der Seen in der Bebauung sein.

Zugleich mit der Erhöhung des Wasserpriesters behandelt Stadtverordneter Hedinger die Erhöhung für den elektrischen Strom, der vom 1. August 40 Mk. vom 1. September ab bei Witterung und vom 1. Oktober ab 88 Mk. für das Kilowatt befragt soll. Er begründete diese Erhöhung mit den ständig steigenden Arbeitskosten und mit der Kohleverarbeitung.

Auch diese Preiserhöhung wurde von der Versammlung angenommen.

Der nächste Punkt betraf die fünfjährige Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Berichterstatter war Dr. Wacławski, der von der Auflösung der gegenwärtigen Stadtverordnetenversammlung sprach. Die Auflösung muß erfolgen, um den Nachfolgen ein unklares Ende zu hinterlassen. Der Ministrat ist zu dieser Auflösung befugt. Weder möchte diese Auflösung jedoch mit dem Werkbehaft, daß sie erst in dem Augenblick erfolgt, wenn die neuen Wahlen durchgeführt sind. Er bringt drei Anträge ein, von denen der erste um Billigung von 1½ Millionen aus dem allgemeinen Fonds für die Stadtverordnetenwahlen bitte, der zweite um die Zusammensetzung einer Wahlkommission ersucht; der dritte Antrag bringt die Entschließung über die Auflösung. Zu Mitgliedern der Wahlkommission schlägt er namens des Wahlausschusses den Stadtrat Kazmierzak, die Stadt. Hedinger, Krause und Holleber und den Herrn Rzepecki vor.

Stadt. Dr. Stark bezeichnet die Kandidatur Rzepeckis als nicht besonders glücklich, da ein solcher Mann das Vertrauen der gesamten Bevölkerung haben muß. Dr. Stark zweifelt auch die Objektivität Rzepeckis an.

Alle drei Anträge einschl. der Kandidatur Rzepeckis wurden von der Versammlung angenommen.

Darauf wurde über eine einmalige Tenerungsfrage für die städtischen Beamten verhandelt. Vorgesetzten sind für die Stufen 7, 8, 9: 6000 M., für die Stufen 6 und 5: 8000 M., für die Stufen 4 und 3: 8000 und für die Stufen 2 und 1: 10000 M. Die Magistratsmitglieder sollen 11000 M. erhalten.

Mehrere Stadtverordnete befürworteten gleiche Tenerungsablagen für die Hilfskräfte in den städtischen Kämmern. Stadt. Kliszowski möchte für diese Personen einen sofortigen Vorschlag. Vizepräsident Dr. Kiedacz ist dagegen, da man erst in den nächsten Tagen genaue Berechnungen ausspielen wolle.

Stadt. Wallenstedt bringt zwei Anträge zu dieser Angelegenheit. Der erste erfordert um Billigung von 10 Millionen für diesen Titel, der zweite möchte Anträge des Magistrats über eine Tenerungsablage für die Hilfskräfte. Mit zwei kleinen Anträgen über Misstände in der Verschule und über schlechte Straßenpflasterung wurde die Sitzung um 19 Uhr geschlossen.

Das Starostwo Grodziec reist mit: Alle, die Bansdevots begegnen, werden darauf als merksam gemacht, daß sie sich einen Ausweis des Posener Liquidationsamtes besorgen, daß ihr Bestk der Liquidation nicht unterliegt, oder auch, daß das Posener Liquidationsamt mit dem bestigen über die in den Depots befindlichen Wertesachen einverstanden ist.

Prof. Dr. Georg Peiser f. Ein Herzschlag endete am 5. Oktober das Leben eines um die deutsche Jugend Posens sehr verdienten Mannes, des vor einigen Jahren in den Ruhestand getretenen Gymnasialprofessors Dr. Georg Peiser. In dem Verstorbenen, der in Posen geboren wurde, hier fast sein ganzes Leben verbracht und mit allen Facetten seines Wesens an seiner Heimat hing, vereinigte sich ein ungewöhnliches Wissen auf fast allen Gebieten der Geisteswissenschaften, in erster Linie aber dem der Geschichte (er war Schüler Hanles und stand ihm mehrere Jahre hindurch auch persönlich nahe) mit einer erzieherischen Begabung, die ihn, solange er öffentlich wirkte, zu einem allgemein beliebten und verehrten Lehrer machte. Ein Augenleiden, das später zur Erblindung führte, zwang ihn vor einer Reihe von Jahren, von seinem Lehramt in der Berger-Oberrealschule zurückzutreten. In der Stille seines Studierzimmers hat er aber auch seitdem eine städtische Anzahl von Schülern und Schülerinnen, aus dem reichen Schatz seines Wissens schöpfend, unterwiesen und im Verständnis des geschichtlichen Werdens und des Geisteslebens der Völker gefördert. Als Historiker hat er sich auch literarisch mehrfach beschäftigt. Die hiesige Historische Gesellschaft verleiht ihm mehrere wertvolle Beiträge zu ihren Veröffentlichungen. Persönlich war er ein Mann von hervorragenden Herzengütes, immer herzlich und an dem Leben der Zeit und an den großen Fragen, die die Gegenwart begeistern, dabei ein Erzähler und Plauderer, dem zuzuhören eine ästhetische Freude war, und ein aufsichtiger Bewunderer aller Schönern und Großen. Er wird im Gedächtnis seiner Schüler und seiner Freunde weiterleben.

Die Kohlensteuer bleibt bestehen. Nach einer Meldung aus Warschau werden die Kohlensteuern in Höhe von 25 Prozent für den Staat und 10 d. G. für die Selbstverwaltungsbürokratie nach dem 1. Oktober auch weiterhin durch die Grubenverwaltungen erhoben werden.

Mohnerer Niederabend. Am kommenden Sonntag, den 9. Oktober, 8 Uhr, wird bis in Posen bereits bekannte Sängerin Frau Egle Danil einen modernen Niederabend geben, in dem bemerkenswerte Kompositionen lebender Tonstücke zu Gehör gebracht werden. Die Veranstaltung verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der evangelischen Kreisbuchhandlung zu haben.

Der Verein Deutscher Sänger teilt mit, daß die Karnevalsgabe für das am Sonntag den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in der Loge ul. Grobla (st. Grabenstr.) stattfindende Vereinsfeier beim Vorlesen M. M. n. g., Fa. Reichle, Sw. Marcia 21 (st. St. Martinstr.) am Samstagabend nachmittag geschlossen wird. Außerdem werden Dienstag, 10. Oktober abends in der Nebungsstunde im Evangelischen Vereinsbau im Saale des Vereins Evangelischer Jungmänner Karneval an die Mitglieder verabfolgt. Einladungen werden nicht vorliegen.

Deutscher Theaterverein. Nachdem die musikalische Sektion des Vereins im Sommer mit der konzertmäßigen Aufführung der "Randerlöte" zum erstenmal mit einer größeren Aufführung in die Öffentlichkeit trat, soll die nächste Woche die erste Bühnen- und künstlerische deutsche Opernaufführung bringen. Gegeben wird Dornings melodische "Waffen schmied", an dessen Studierung seit Monaten eifrig gearbeitet wurde. Mit der Aufführung dieses vollständig melodischen Werkes glaubt der Theaterverein allen musizierenden Freunden, vor allem auch den Jugend, einen Dienst zu erweisen. Die etablierte Aufführung findet am Donnerstag, dem 12. Oktober im Saal des Zoologischen Gartens statt.

Deutscher Frauenbund. Am Sonntag, dem 2. Oktober fand ein Karnevalsaufzug des Deutschen Frauenbundes nach der Körnerstraße statt. Von dem Platz aus kamen die Teilnehmer bis Palast und wanderten dann durch Feld und Wald in etwa 1 Stunde zur Försterstraße, wo sie von Herrn Gemeindepfarrer Simrodi und seiner Frau freundlich aufgenommen wurden. Herr Simrodi hatte am Tag zuvor sein 25-jähriges Dienstjubiläum als Förster an dieser Stelle begangen, wozu ihm die Ausläufer noch ihre Glückwünsche brachten. An bereit gestellten Tischen wurde Stoffe gekauft, dann nach den Klängen eines Grammophons getanzt. Die zahlreich erschienenen, deutsche Jugend aus Salzwedel (Sassenheim) beteiligte sich am Singen und Tanz. Später begrüßte noch der Vater der Försterin Herr Major v. Tempelhoff aus Taplowo die Ausläufer. Gegen 17 Uhr wurde unter Begeisterung der Rückmarsch der Frauenbund nach dem Förster an dieser Stelle begangen. (Allgemeine Heiterkeit, der Förster lächelte und schüttelte den Kopf.)

Obleibst. Am Dienstag wurde in eine Wohnung des Hauses ul. Szkoła 9 (früher Schulstraße) eingebrochen; geflohen wurden ein Kleid, eine Schürze und zwei Paar Schuhe im Gesamtwert von 2500 Mark. — Am selben Tage wurden durch einen Einbruch im Hause ul. Draga 13 (früher Langstr.) 1 schwarzer Anzug, 1 gelbes Chorkleid, 1 schwarzer Rock und eine Plüschtasche im Wert von 12000 M. gestohlen. — Am Sonnabend wurde aus einer Wohnung des Hauses ul. Strzelecka 11 (früher Langstr.) ein dunkelbrauner Jackenanzug im Wert von 5000 Mark gestohlen.

- Schreiber wurde einem Sohn in einer Gastwirtschaft am Stary Rynek (älter Alter Markt) ein Ulster entwendet, enthaltend 1 Bund Schlüssel und ein Jagdgewehr umhüllt, sowie ein Spazierstock im Gesamtwert von 70000 M. gestohlen. — Aus dem Hause ul. Spokojna 21 (fr. Reederstr.) wurde am 29. d. Ms. vom Balkon eine Decke im Wert von 40000 M. gestohlen. — Um seine Brieftasche mit 40000 Mark in barem Gelde, Papier und Ausweiskarten gekommen ist gestern Oskar Munk aus Wolstein. In dem er sie entweder verloren hat oder auf der Straßenbahn verloren bestohlen worden ist.

* Rostochin, 5. Oktober. Da die Schulen auf Kreissteuerliche Verordnung geschlossen bleiben, beginnt der Unterricht am deutschen Privatgymnasium erst Mittwoch den 12. Oktober.

* Brandenburg, 5. Oktober. Seit dem 1. d. Ms. sind die Tarife der Brandenburger Elektrischen wieder einmal erhöht worden, und zwar auf der Hauptstrecke von 15 auf 20 M. und auf der Nebenstrecke von 10 auf 15 M.

Kurje der Posener Börse.

	6. Oktober	4. Oktober
Offizielle Kurse		
5% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
3½% B. A. B.	—	—
3½% B. Brot.	—	—
3½% Brot. C.	—	—
4% Brot. D. E.	—	—
1% (neue)	—	—
4% Brot. Blandbriefe	—	—
4% Brot. Provinzialobligationen	110 + N	—
3½% Posener Prov. Pfandbriefe	—	—
6½% Obd. Legietali	—	—
Büchse Schuhdr. der Bon. Kredit.	—	—
Brot. Warzawski.	230 +	230 +
Brot. Zwiazku I-VII em. (ungeg.)	230 +	230 +
Brot. Zwiazku VIII em. (ungeg.)	230 +	230 +
Brot. Zwiazku IX em. (ungeg.)	230 +	230 +
Brot. Handlow. Bognat I-VII	350 + A	350 + A
Brot. Doss. Brot. Gdansk I-IV	350 + A	350 + A
Wiel. Brot. Brot. Gdansk I-IV	520 + A	520 + N
Brot. Brot. Brot. Gdansk I-III	303 + N	290 +
R. Bartoloski I-IV em.	190 + A	190 + A
R. Bartoloski V em.	160 +	170 + A
Centrala Stot I-II (egli. Kup.)	600 + N	5

Bei der Auslösung von Posener Stadtscheinen sind folgende Nummern gezogen worden:

1. von der 3½ % Anleihe vom Jahre 1885:
Buchstabe A Nr. 8 11 14 16 24 50 = 6 Stück zu 5000 M. = 30 000 M.
B Nr. 10 20 27 45 50 = 5 Stück zu 2000 Maf. = 10 000 M.
C Nr. 50 71 79 143 204 239 276 = 7 Stück zu 1000 M. = 7 000 M.
D Nr. 238 318 330 451 541 558 = 6 Stück zu 500 M. = 3 000 M.
E Nr. 163 364 435 = 3 Stück zu 200 M. = 600 M.
Zusammen 50 600 M.

2. von der 4 % Anleihe vom Jahre 1900:

Buchstabe A Nr. 588 598 619 637 647 649 677 690 755 756 762 862 897 972 1009 1065 1067 1078 1134 1140 1160 1166 1194 1195 1218 = 25 Stück zu 5000 M. = 125 000 M.
B Nr. 928 951 1005 1104 1470 1496 1519 1834 1836 1900 1969 1977 2024 2051 2076 2087 2144 2166 2167 2262 2371 2408 2464 2467 2535 2539 2550 2610 2660 2712 2819 2902 2913 2916 2954 2965 = 86 Stück zu 1000 M. = 36 000 M.
C Nr. 863 872 956 1004 1035 1144 1279 1285 1337 1397 = 10 Stück zu 500 M. = 5 000 M.
D Nr. 1073 1177 1197 1213 1270 1400 1401 1474 = 8 Stück zu 200 M. = 2 400 M.
E Nr. 754 955 1050 1145 1182 1190 = 6 Stück zu 200 M. = 1 200 M.
Zusammen 169 600 M.

3. von der 3½ % Anleihe vom Jahre 1903:

Buchstabe A Nr. 1286 1552 1570 1585 1594 1635 1848 1917 1956 1970 2033 2133 2135 2157 2162 2164 2165 2166 2167 2168 2169 2171 2173 2185 2296 2327 2349 2407 2441 2470 2488 1586 2114 = 38 Stück zu 5000 M. = 165 000 M.
B Nr. 3024 3091 3295 3451 3452 3579 3761 3776 3847 3988 4212 4381 4484 4485 4622 4714 = 16 Stück zu 1000 M. = 16 000 M.
C Nr. 1790 2416 2461 2593 2725 2848 = 6 Stück zu 500 M. = 3 000 M.
D Nr. 1833 2117 2251 2450 4 Stück zu 300 M. = 1 200 M.
E Nr. 2161 2192 2231 = 3 Stück zu 200 M. = 600 M.
Zusammen 185 800 M.

4. von der 4 % Anleihe vom Jahre 1905:

Buchstabe A Nr. 2551 2597 2637 2659 2724 2737 2729 2738 2747 2749 2812 2894 2961 3097 = 14 Stück zu 5000 M. = 70 000 M.
B Nr. 5044 5112 5206 5377 5380 5395 5517 5527 5529 5587 5588 5679 5688 5750 5852 5858 5906 5910 5929 5970 6071 6496 = 22 Stück zu 1000 M. = 22 000 M.
C Nr. 3510 3541 3542 3717 4027 4384 = 6 Stück zu 500 M. = 3 000 M.
D Nr. 2725 2746 2805 = 3 Stück zu 300 M. = 900 M.
E Nr. 2526 2563 2590 2702 2731 2743 2843 2864 2970 2976 = 10 Stück zu 200 M. = 2 000 M.
Zusammen 97 900 M.

5. von der 4 % Anleihe vom Jahre 1908, I. Ausgabe:

Buchstabe A Nr. 3142 3166 3170 3211 3267 3330 3338 3349 3392 3468 3483 3577 = 12 Stück zu 5000 M. = 60 000 M.
B Nr. 6552 6575 6694 6743 7132 7323 7365 7433 7513 7577 7672 = 11 Stück zu 1000 M. = 11 000 M.
C Nr. 4720 4837 4959 5173 5202 5422 5430 5649 5741 6101 = 10 Stück zu 500 M. = 5 000 M.
D Nr. 3073 3074 3108 3135 3186 3244 3299 = 7 Stück zu 300 M. = 2 100 M.
E Nr. 2018 = 1 Stück zu 200 M. = 200 M.
Zusammen 78 800 M.

6. von der 4 % Anleihe vom Jahre 1910:

Buchstabe A Nr. 4202 4287 4290 4297 4315 4377 4422 4454 4474 4494 4587 4637 = 12 Stück zu 5000 M. = 60 000 M.
B Nr. 9326 9340 9457 9511 9563 9782 9799 9752 10068 10096 10115 10138 10234 10249 10258 10339 10343 = 17 Stück zu 1000 M. = 17 000 M.
C Nr. 7218 7378 7427 7685 7693 7736 4775 7861 7906 7942 8018 8184 = 12 Stück zu 500 M. = 6 000 M.
D Nr. 3703 3718 3743 3751 3758 3753 3844 3873 3895 3920 = 10 Stück zu 300 M. = 3 000 M.
E Nr. 3783 3765 3768 3773 3791 3829 3894 3901 3905 = 9 Stück zu 200 M. = 1 800 M.
Zusammen 37 800 M.

Die für den gut Abgang im Jahre 1921 nötigen Goldbeschreibungen sind angekauft und zwar:

von der 3½ % Anleihe vom Jahre 1894

I. Ausgabe 42 800 M.
II. 23 500 M.
III. 58 000 M.

von der 4 % Anleihe vom Jahre 1908

I. Ausgabe 65 700 M.
II. 32 400 M.

Diese Anleihebeschreibungen werden den Inhabern hierdurch zur Auszahlung am 2. Januar 1922 mit der Auflösung abgelöst den Rechnungsbertrag dar in polnischer Mark zum Betrage der Rückgabe der Anleihebeschreibung mit den dazu vorliegenden Binschreinen und des Erneuerungsbuches bei dieser Stadtsparkasse in Poznań während der Dienstzeiten in Empfang zu nehmen.

Für fehlende Binschreine wird der Wert geltzt.

Poznań, den 28. September 1921.

Der Magistrat V.

Bei der Auslösung von Posener Stadtscheinen sind folgende Nummern gezogen worden:

1. von der 3½ % Anleihe vom Jahre 1885:
Buchstabe A Nr. 8 11 14 16 24 50 = 6 Stück zu 5000 M. = 30 000 M.
B Nr. 10 20 27 45 50 = 5 Stück zu 2000 Maf. = 10 000 M.
C Nr. 50 71 79 143 204 239 276 = 7 Stück zu 1000 M. = 7 000 M.
D Nr. 238 318 330 451 541 558 = 6 Stück zu 500 M. = 3 000 M.
E Nr. 163 364 435 = 3 Stück zu 200 M. = 600 M.
Zusammen 50 600 M.

2. von der 4 % Anleihe vom Jahre 1900:

Buchstabe A Nr. 588 598 619 637 647 649 677 690 755 756 762 862 897 972 1009 1065 1067 1078 1134 1140 1160 1166 1194 1195 1218 = 25 Stück zu 5000 M. = 125 000 M.
B Nr. 928 951 1005 1104 1470 1496 1519 1834 1836 1900 1969 1977 2024 2051 2076 2087 2144 2166 2167 2262 2371 2408 2464 2467 2535 2539 2550 2610 2660 2712 2819 2902 2913 2916 2954 2965 = 86 Stück zu 1000 M. = 36 000 M.
C Nr. 863 872 956 1004 1035 1144 1279 1285 1337 1397 = 10 Stück zu 500 M. = 5 000 M.
D Nr. 1073 1177 1197 1213 1270 1400 1401 1474 = 8 Stück zu 200 M. = 2 400 M.
E Nr. 754 955 1050 1145 1182 1190 = 6 Stück zu 200 M. = 1 200 M.
Zusammen 169 600 M.

3. von der 3½ % Anleihe vom Jahre 1903:

Buchstabe A Nr. 1286 1552 1570 1585 1594 1635 1848 1917 1956 1970 2033 2133 2